

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 8.

Leipzig, den 20. Februar.

1869.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage ein-
Bringerlohn 12 1/2 Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 40,
G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel,
Petersstraße 18. Für Dresden Kistalexpedition (interimistisch) M. Hendel, Basstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan,
Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London:
A. Duenfing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

An die Parteigenossen in Sachsen.

Das in der Arbeiterversammlung vom 11. d. Mon. gewählte Comité, in welchem auch die Volkspartei vertreten ist,
hat den Beschluß gefaßt, einen allgemeinen sächsischen Arbeiter-Congreß auf Sonntag den 7. März nach Hohenstein-Ernstthal
zu berufen. In Folge dessen kann die Landesversammlung der Volkspartei sich nicht über Sonnabend den 6. März ausdehnen,
und wir fordern deshalb die Delegirten und Vertrauensmänner unserer Partei auf, pünktlich zu erscheinen.

Tagesordnung der Landesversammlung: Gewerksgenossenschafts-Frage und Organisation der Partei (Neuwahl des
Ausschusses).

Die Fragen des Wahlrechts und des Vereinsgesetzes werden Tags darauf vom Arbeiter-Congreß be-
handelt werden.

Leipzig, den 17. Febr. 1869.

Der Ausschuß der Volkspartei.

Arbeiter Sachsens!

In Angelegenheiten, die Euer und Eurer Familien geistiges und leibliches Wohl auf das Engste berühren, wenden
wir uns an Euch. Leihet uns Eure Aufmerksamkeit und Eure Unterstützung!

Die politische Rechtlosigkeit, in der sich der Arbeiter, wie fast überall, so auch in Sachsen befindet, soll und
muß aufhören. Der Arbeiterstand, der mehr und härter betroffen wird, als jeder andere Stand, wenn es gilt, Gut und Blut
für Staatszwecke, die nicht die seinen sind, herzugeben, ist bis heute von jeder Vertretung in dem sächsischen Landtag, von
jedem Einfluß auf die Gestaltung der Gesetze ausgeschlossen und ist dennoch gezwungen, sich diesen Gesetzen zu fügen, sie an-
zuerkennen und darnach seine Handlungen einzurichten!

Als vor einem Jahre der sächsische Stände-Landtag im Verein mit der Regierung ein neues Wahlgesetz vereinbarte,
wurde trotz lebhafter Proteste aus den Arbeiter-Kreisen ein Consensus in das Wahlgesetz aufgenommen, der die ungeheure
Mehrheit des sächsischen Arbeiterstandes vor wie nach als völlig rechtlos hinstellt. Sollen wir dies ruhig geschehen lassen?
Nein! Tausendmal Nein! Will aber der Arbeiterstand zu seinem Rechte kommen, so muß er es erstern. Darum
gilt's zusammenzutreten und zu berathen, was geschehen soll.

Wir laden Euch deshalb ein, Arbeiter Sachsens, den allgemeinen sächsischen Arbeiter-Congreß zu
besuchen, der Sonntag den 7. März d. J. Vormittags 10 Uhr im Meißnerhause zu Hohenstein-Ernstthal
stattfinden soll.

Tretet in Versammlungen zusammen, besprecht Euch und sendet Eure Vertreter zu dem genannten Tage nach Hohen-
stein-Ernstthal. Je größer die Anzahl der Vertreter, desto wichtiger wird der Eindruck unserer Verhandlungen sein.

Noch um ein Zweites handelt es sich. Das sächsische Vereins- und Versammlungsgesetz ist reaktionär durch
und durch. Nach ihm liegt es jeder Zeit in der Willkür der Polizei, unsere Organisationen zu stören oder gar zu ver-
nichten. Organisation des Arbeiterstandes aber ist bei seiner gedrückten materiellen Lage das einzige Mittel, das Gewicht der
Masse in die Waagschale zu werfen und seiner Stimme Gehör zu verschaffen. Für keinen andern Stand ist das unbeschränkte Vereins-
und Versammlungsrecht ein so wichtiges und unentbehrliches, wie für den Arbeiterstand. Das unbeschränkte Vereins-
und Versammlungsrecht zu erringen, darauf muß unser Streben gerichtet sein. Auch hierüber wollen wir uns besprechen und
uns verständigen; darum sendet Alle Vertreter zum 7. März nach Hohenstein-Ernstthal zum Congreß der Arbeiter Sachsens!

Mit sozial-demokratischem Gruß und Handschlag

Das von der Leipziger Arbeiterversammlung am 11. Februar gewählte Comité:

Liebke (Volkspartei), Seifert (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein), Bebel (Volkspartei), Rößing (Kasseler Arbeiter-
Allgemeiner deutscher Arbeiterverein), Taute (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein), Behold (Allgemeiner deutscher Arbeiter-
verein), Werner (Volkspartei).

Inhalt: Politische Uebersicht. — Weiße Sklaven. — Vorurtheile und Arbeiter-Angelegenheiten. — Erklärung. — Anzeige. — Beilage: Die indirekten Steuern und der Antisozialismus. — Die Arbeiterbewegung in Wien. — Programm der amerikanischen Reformer. — Aus England. — Briefkasten. — Anzeige.

Politische Uebersicht.

Die Diplomatie hat einen „Sieg“ errungen: in Athen ist wirklich ein „Friedensministerium“ gebildet worden, das die Forderungen der Konferenz angenommen und gleichzeitig in einer Proklamation an das griechische Volk erklärt hat: „die uns aufgenöthigte Ruhe verpflichtet uns nicht für die Zukunft.“ Mit andern Worten: wir schlagen los, sobald sich die erste Gelegenheit bietet. Die Diplomatie ignoriert die Proklamation und thut, als glaube sie an ihren „Sieg“.

Wie lange die Griechen wohl zu warten brauchen? Unter dem rumänischen Gegenkeßel russisches, preussisches, französisches, österreichisches Feuer, so daß die brodelnde Masse jeden Moment überlaufen kann; der Schah von Persien auf russischen Antrieb im Amarsch gegen die türkische Grenze; der Fürst von Montenegro erst in Petersburg und dann in Berlin Gegenstand der zärtlichsten Aufmerksamkeiten — kurz die „Orientalische Frage“ auf der ganzen Linie in Fluß. Und nun erst die Lage der Dinge in West- und Mittel Europa! Der Föderkrieg zwischen Preußen und Frankreich ist mit einer Heftigkeit entbrannt, die auf beiden Seiten die Ueberzeugung verräth, daß ein Appell an das Schwert unvermeidlich. Den äußeren Anlaß hat das allerdings beispiellose Auftreten Bismarck's in der Confiskationsdebatte gegeben. Bloß den äußeren; denn die krankhafte Gereiztheit des preussischen Staatsmannes ist selbst nur die Frucht einer verzweifelten Auffassung der Weltlage. Es zeigt sich das recht deutlich im Nachspiel, das der Confiskations-Standal im Herrenhaus hatte. Graf Bismarck verlor dabei so vollständig alle Selbstbeherrschung, daß er, von untergeordneten Anklagen abgesehen, die österreichische Regierung in den schroffsten Worten beschuldigte, sie habe 1866 Preußen zerschüttern wollen (was „natürlich unwahr“), und daß er durch sein Benehmen den Eindruck eines Menschen machte, der mit dem Kopf an die Wand rennt, um eine Fliege zu verjagen.

„Graf Bismarck ist schlecht bedient von seiner Zunge, schlechter von seinen Zeitungen,“ schrieb höhrend die Pariser „France“. Am schlechtesten ist er aber jedenfalls von seinen Berichterstattern und Spionen bedient. Alle seine Enthüllungen haben sich als „natürlich unwahr“ erwiesen. Das Hiesinger Comité hat sich in Rebel aufgelöst, der hannoversche Student ist verdunstet, und die Stieberjaden gegen Frese und Meyer sind zu blauem Dunst geworden. Jetzt hat der Herr Graf gar das Unglück gehabt, von einem der höchsten Militärbeamten Preußens „natürlich der Unwahrheit“ geziehen zu werden; er hatte nämlich in der Beschlagnahme-Debatte der Herrenhäuser gesagt, die Feinde Preußens „lügen wie telegraphirt“, u. a., hätten sie ausgesprengt, das Glacis der Festung Mainz wäre rasirt worden; dies sei gelogen, man habe „bloß einige Sträucher verpflanzt“. Nun kommt aber der Mainzer Festungskommandant, Prinz Holstein, in eigener Person und schreibt an die „Frankfurter Zeitung“ „berichtigend“, es wären allerdings drei „Schußlinien“ in der Breite von 25—30 Schritten ausgehauen worden —, jedoch nur — zum Zweck der Schießübungen! Die Thatsache ist zugestanden — an den angeblichen Grund glaubt, wer Lust hat. Oder meint Prinz Holstein etwa Schießübungen auf — Franzosen?

Das Gerücht geht, dem „Reichstag“ solle ein Gesetz zur

Beschränkung des Wahlrechts vorgelegt werden. So können das nicht glauben. Allgemeines Wahlrecht mit Wahlräthen (Präfecten) gehört zu den Existenzbedingungen des Liberalismus, und die preussische Regierung wird nicht so thöricht sein, ihr eigenes Fundament zu untergraben.

Nachdem man dem König von Hannover und dem Kurfürst von Hessen sans façon nach dem „Erobererrecht“ z. B. durch einen einfachen Gewaltakt ihr Eigenthum ge — nommen hat, will man nun auch Frankfurt um das Seinige bringen, indem man die ehemalige freie Reichsstadt als selbstständigen Staat, und sonach das städtische Eigenthum als Staats-eigenthum behandelt, das nach dem „Eroberungsrecht“ dem Staat gehört. Nur sucht man dieser — Annexion ein juristisches Mäntelchen umzuhängen und hat einen Spruch der Kronjurisprudenz erwirkt, deren Rechtsbegriffe bekanntlich höchst elastisch sind. In Frankfurt, dessen Bewohner jetzt dreimal so viel Steuern zu bezahlen haben, als vor der Einverleibung (1½ Millionen statt 550,000 Gulden) und dessen städtisches Budget trotzdem ein jährliches Defizit von 3—400,000 Gulden aufzuweisen hat, statt des vorherigen Ueberschusses von einer halben Million jährlich, — herrscht unbeschreibliche Erbitterung; und ein feiger Compromiß-Beschluß der städtischen Behörden ist durch eine großartige Volksdemonstration vereitelt worden. Dieser nackte Gewalt dulden, als auf das Recht verzichtet und das Unrecht gut heißen! Das ist die Lösung der braven Frankfurter. Ehre ihnen!

Epafes halber sei hier noch erwähnt, daß ein Herrenhäuser bei der letzten Confiskationsdebatte die Naivetät hatte zu gestehen, die Beschlagnahme habe im Hinblick auf das Defizit ihre „guten Seiten!“ Diese sehr wahre aber sehr unbequeme Bemerkung rief ein strafendes Wort des Hrn. Bundeskanzlers hervor.

Der Versuch Mühler's und seiner knakenden Trabanten, den unentgeltlichen Volkunterricht aus der Verfassung herauszubringen, ist gescheitert. Sogar die Nationalliberalen stimmten gegen den frommen Minister, wohl bedenkend, daß der angegriffene Verfassungsparagraph gleich allen guten Verfassungsparagraphen ja nie etwas anderes war, als ein todter Buchstabe.

Aus Baden schreibt man uns: „Wenn die Herren Jolly und Beyer hier noch die unumschränkten Herren spielen können, so verdanken sie das wesentlich der Energielosigkeit und Unklarheit unserer „Demokraten“.

Die Gothaer haben seit Jahren erfolgreich daran gearbeitet, in dies vor 1848 vollkommen einige Volk den konfessionellen Hader hineinzuwerfen. Alles, was freisinnig sein wollte, bewies es durch das maßloseste Geschimpfe auf die „Pfaffen“. So konnte man seinen Liberalismus auf ungefährligste Weise betheätigen, denn die Regierung stand ja in dieser Hinsicht an der Spitze und billigte Alles. Nun zählen aber die Katholiken zwei Drittel der Bevölkerung, und die Art des Vorgehens gegen sie hat viele religiös ganz Indifferente wieder unter ihre Fahnen gesammelt. Sie sind vortrefflich organisiert, besitzen 10—12 Blätter im Lande und huldigen im Staate zum Theil den vorgeschrittensten Ansichten; Viele unter ihnen sind Republikaner. Sie allein vermögen es noch, den Gothaern die Stange zu halten, wie sie das in den Zollparlamenten wahlen bewiesen.

Und die Demokraten?

Statt sich diese Verhältnisse zu Ruß zu machen, und, was leicht wäre, den Sturz der Regierung herbeizuführen, haben sie eine so abergläubische, kindische Angst vor den sogenannten „Schwarzen“, daß sie jeden Moment bereit sind, den Herren Ministern „liberal“ Bitteldienste gegen dieselben zu leisten.

Da wirft ihnen denn die Regierung von Zeit zu Zeit immer so einen Brocken gegen die „Schwarzen“ hin, in den verbeißen sie sich und vergessen darüber alles Andere. Dieser Tage feiern sie hier den Triumph, daß die Bürgerschaft sich für die gemischten Schulen ausgesprochen. Wenn die Republik proklamirt worden wäre, hätten sie es nicht toller treiben können. Die Stadt beslaggt, Böllerschüsse, Bierbanquette, interkonfessionelle Küsse zwischen Katholiken, Protestanten und Juden, Sym-
patiegramme an den tollpreußischen Bürgermeister Strohmeyer in Konstanz, weil er exkommuniziert worden, unterschrieben von Demokraten und sogar von Juden! Jetzt jubeln sie, weil ihnen Jolly die Freude macht, den Bischof wegen der Exkommunikation noch zur gerichtlichen Rechenschaft zu ziehen! Erkenne die Leute nicht noch bis über die Ohren im Mittelalter? Was haben sie sich darum zu bekümmern, ob einem Katholiken das Abendmahl verweigert wird? Und dabei bleibt jeder hübsch in seiner Konfession, tritt nicht aus, obwohl das nach hiesigem Gesetz möglich ist, ohne zugleich in eine andere Kirche einzutreten. Von der wahren Freiheit haben sie noch keine Idee.

Nach allen diesen Allotria sind sie natürlich erschöpft und müssen sich ausruhen. — Wir brauchen hier ein Organ für die Massen. Ich habe noch in keinem unserer „demokratischen“ Blätter einen Artikel gelesen, der den Nagel auf den Kopf trifft. Alles drum herum, mit Nebensachen sich abmühend, kaum lau, geschweige denn warm. Mit etwas Anderem tagzwischen fahren, würde nur die „schöne Harmonie“ fördern.

Hier mehren sich die Kriegsvorbereitungen. Rastatt wird rasier, von Heidelberg den Neckar hinauf werden Proviant-Magazine angelegt, in einem alten Schlosse der Tauber, Werlachsheim, wird ein Waffen- und Munitions-Depot angelegt. Man erwartet den Krieg mit Sicherheit und glaubt, daß Preußen Napoleon zuvorkommen werde, von dem es bekannt ist, daß er erst nach den Wahlen im Mai vorgehen will. Die Ordre an die süddeutschen Regierungen, bis zum 1. April in Kriegsbereitschaft zu sein, steht fest, ebenso aber auch die entschiedene Abneigung des hiesigen Volkes und Militärs, sich für die Hohenzollern zu opfern.

Der in der bayerischen Kammer von Kolb und — überläßt da unsere Biedermänner nicht eine Gänsehaut? — zwei „Ultramontanen“ gestellte Antrag auf geheimes direktes und allgemeines Wahlrecht ist mit 92 gegen 48 Stimmen verworfen worden. Dagegen stimmte die ganze sogenannte Mittelpartei, d. h. die Vertreter der nicht verpreußten Bourgeoisie. Man wird sich erinnern.

Im österreichischen Reichsrath wird demnächst auf Veranlassung des niederösterreichischen Landtags, der in voriger Session einen Beschluß in diesem Sinne faßte, die Einführung direkter Reichsrathswahlen beantragt werden. Ein ernsthafter Widerstand ist nicht zu erwarten. Man hat sich nachgerade allseitig überzeugt, daß der Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung weder auf den Namen noch auf die Autorität einer Volksvertretung Anspruch machen kann.

Das Abgeordnetenhaus (die zweite Kammer), um das es sich hier allein handelt, sollte eigentlich 200 Mitglieder zählen, nicht halb so viel als die zweite ungarische Kammer, die 404 Mitglieder enthält. Von diesen 200 Mitgliedern fehlen indeß 16 Tschechen (der böhmische Landtag hat die Besetzung verweigert), 20 Sitze sind durch Todesfälle erledigt; durch Berufung in den Staatsdienst oder ins Oberhaus, durch Mandatsniederlegung, Urlaub u. s. w. sind noch etliche und dreißig Mandate erloschen oder suspendirt, so daß bloß ungefähr 130 Abgeordnete übrig sind, von denen nur ein kleiner Bruchtheil unabhängig und den parlamentarischen Geschäften

gewachsen. Und diese Wenigen werden in Ausschüssen, Landtagen, dem Reichsrath und den Delegationen zu Tod geheßt. Auf diese Weise kommt der Reichsrath nicht vorwärts, und hat in der laufenden Session, obgleich sie schon 20 Monate dauert, erst 160 Sitzungen halten können. „So wird.“ schrieb neulich ein Wiener Correspondent der „Frankfurter Zeitung“, dem wir diese erbauliche Statistik verdanken, „der Parlamentarismus bei uns ad absurdum geführt.“ — in Berlin wieder anders.

Also diesem Zustand will man nun ein Ende machen, und zwar indem man die Abgeordneten, welche bisher von und aus den Einzellandtagen ernannt wurden, direkt vom Volk wählen läßt. Dieß wäre natürlich ein Fortschritt. Aber die Forderung direkter Wahlen ist verhältnißmäßig unwichtig neben der Forderung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht kann auch bei indirektem Wahlmodus, wie z. B. die amerikanische Präsidentenwahl zeigt, der Wille des Volkes zur Geltung kommen, was bei direkter Wahl ohne allgemeines und gleiches Wahlrecht kümmerlicher möglich ist. Wir wollen sehen, ob die Linke für das allgemeine gleiche Wahlrecht einsteht wird. Für direkte Wahlen ist beiläufig auch das Ministerium, bloß mit der jammervollen Abschwächung, das betreffende Gesetz fakultativ zu machen, d. h. es den einzelnen Landtagen anheim zu stellen, ob sie aus ihrer eignen Mitte die Reichsrathsmitglieder delegiren**), oder ob sie dieselben direkt vom Volk wählen lassen.

Die Noth ist die Mutter der Erfindungen, sagt ein englisches Sprichwort. Sie ist auch die Mutter der Reformen. So zwingt die Finanznoth nachgerade den österreichischen Militärs die Erkenntniß auf, daß das Milizsystem das einzig vernünftige Wehrsystem ist.

Auch in Italien ist der Parlamentarismus krank, und zwar leidet er an der bösen Norddeutschen Krankheit. Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen. Wo die „Volksvertretung“ eine reine Komödie ist, da kann man es den Schauspielern, — wenn sie nicht wie die Franzosen ein angeborenes Talent und Neigung für die Komödie besitzen — wahrhaftig nicht verargen, daß sie bald von Langweile ergriffen werden, und sich der Gefahr des bekanntlich höchst schmerzhaften Todes durch die Mundperverie zu entziehen suchen, indem sie „schwänzen“. Und zwar geschieht dies in der italienischen Kammer, wie im Berliner „Reichstag“ so massenhaft, daß oft nicht die beschlußfähige Mitgliederzahl zusammenkommt, obgleich diese schon sehr tief, auf ein Drittel der Gesamtzahl (443), gestellt ist; man geht deshalb mit dem Plan um, das beschlußfähige Minimum auf 51 Mann, d. h. weniger als ein Achtel herabzusetzen. Kein Zweifel, daß der Antrag durchdringen wird. Im Berliner „Reichstag“ hatte man Aehnliches beabsichtigt, hielt es indeß schließlich für besser, ein Auge zuzudrücken und mit dem andern nicht zu sehen, wie viele Mitglieder anwesend. So „praktisch“ sind die italienischen Realpolitiker noch nicht.

Die französische Regierung giebt sich neuerdings die größte Mühe das rothe Gespenst herauszubefechten, um die Bourgeoisie wieder in ihr Garn zu treiben. Das Kaiserreich verdankt seine Existenz dem Zwiespalt zwischen Bürgern und Arbeitern, der die Junikatastrophe herbeiführte und die Arbeiter den Staatsreich duldend ließ; und indem es diesem Zwiespalt zu nähren sucht, folgt es nur dem Instinkt der Selbsterhaltung. Zum Glück ist die soziale Frage in Frankreich schon so reif, sind die französischen Arbeiter von der Unmöglichkeit, sie auf anderem als demokratischem Wege zu

*) als absurd, ungereimt, abgeschmackt hingestellt.

**) aberdnen, ernennen.

lösen, so allgemein und so tief durchdrungen, daß das Kaiserreich sich in seinen Berechnungen getäuscht finden wird, und früher oder später in die Grube fallen muß, die es den Arbeitern und den Bürgern gegraben hat.

Die Wahlen sollen auf die erste Woche des Monats Mai festgesetzt sein — falls nichts dazwischen kommt.

Um ja keinen Mangel an Kriegsgründen zu haben, läßt die Regierung einen Krach mit Belgien vom Zaune brechen; auf welchen Vorwand hin, ist gleichgültig.

In Spanien ist die konstituierende*) Nationalversammlung (Cortes) am 11. d. Mon. eröffnet worden. Die Feierlichkeit fand unter großem Enthusiasmus statt, aber sofort kennzeichnete sich auch die gegenseitige Stellung der Parteien auf das Allerdeutlichste. Beim Eintritt der Mitglieder der provisorischen Regierung erhoben sich die Anhänger der Monarchie von ihren Sitzen; die Republikaner dagegen blieben unbeweglich und sofort ertönte aus ihren Reihen der Ruf: Es lebe die Republik!, dem Dlozago mit dem Gegenruf antwortete: Es lebe die Monarchie! Sein Beispiel fand indeß keine Nachahmung, und Serrano rief, um die etwas peinliche Pause auszufüllen, es lebe die Souveränität der Cortes!

Serrano hielt die Eröffnungsrede, sie ist vollkommen farblos, was die Verlegenheit der Urheber bezeugt und duftet natürlich von Selbstlob, das sich bis zu der — Angesichts der Reue von Cadix und Malaga — mehr als heuchlerischen Phrase versteigt: „die provisorische Regierung habe den heiligsten Schatz der Autorität, der Freiheit (!) und der Ordnung ungeschmälert bewahrt“.

Ueber die Zusammensetzung der Cortes giebt ein französisches Blatt folgende Notizen: „Bislang sind 346 Wahlen bekannt, welche sich also verteilen: Progressisten (Fortschrittler) jeder Schattirung 129; Unionisten (für Vereinigung mit Portugal) 80; Föderative Republikaner 76; mehr oder weniger monarchisch gesinnte Demokraten 37; Neukatholiken oder Fiabellisten 24. In Folge von Doppel- und mehrfachen Wahlen sind 26 Sitze vakant und werden dies bleiben, wenn nicht die Cortes den Artikel des Wahldekrets annulliren, welches bestimmt, daß Neuwahlen nur dann vorgenommen werden sollen, wenn ein Drittel der in einem Wahlbezirk zu wählenden Abgeordneten fehlt. Darnach reduzieren sich die obigen Ziffern folgendermaßen: Progressisten 120; Unionisten 72; Republikaner 72; Demokraten 32; Neukatholiken 24. Als geschlossene und compacte Partei gehören also die Republikaner zu den stärksten.“ Bei der Präsidentenwahl der Nationalversammlung haben indeß die Republikaner auf ihren Candidaten Drense bloß 50 Stimmen vereinigt; Rivero, Fortschrittlicher Vermittlungsmensch, wurde mit 168 Stimmen gewählt, wie denn die liberale Mittelpartei auch die 4 Vizepräsidenten, und von den 4 Sekretären 3 gewählt hat. Nur ein Sekretär ist Republikaner (Ruano).

Was die republikanischen Mitglieder wollen, hat Castellar, der Entschiedenste weil Klarste seiner Partei, in einem Brief an seine Wähler in Saragossa zusammengefaßt. „Es wird“, so sagt er, „zunächst eine Rechtsklärung von den Cortes verlangt werden, durch welche Freiheit des Gewissens, Freiheit des Wortes in Rede und Schrift, Freiheit der Vereinigungen und Versammlungen, endlich die Freiheit der Person als Dinge garantiert werden, die außerhalb und über der Gesetzgebung stehen. Als sonstige Forderungen der republikanischen Partei bezeichnet er Einführung der Geschwornengerichte zum Schutz für die individuelle Freiheit und Errichtung eines obersten Ge-

richtshofes mit unabsehbaren Richtern, die beauftragt sein sollen, mit aller Strenge Verletzungen der Verfassung zu ahnden und über die Konflikte zwischen den Provinzen abzuurtheilen, sowie die Bürger gegen den Staat zu schützen. Die Forderung der Autonomie für die Gemeinde als natürliche Ergänzung der Autonomie der Individuen versteht sich von selbst. Endlich wird die Staatsform der Föderativ-Republik verlangt als Schlußstein der spanischen Constitution, als Reim der künftigen Vereinigten Staaten unseres alten Continents und erste Realisation*) des freien demokratischen Gedankens, der von allen modernen Völkern, welche des Cäsarismus müde sind, angestrebt wird.“

Der Pariser „Avenir National“ empfiehlt den Spanier folgenden Brief Washington's zur Beherzigung, den dieser am 15. Aug. 1786 an John Jay, seinen Freund und Mitbegründer der amerikanischen Republik, richtete: „Ich höre“, schreibt der „Vater der nordamerik. Republik“, „daß ehrenwerte Personen heute ohne Schrecken von der Monarchie sprechen. Man denkt an sie, man spricht von ihr, und vom Wort zur That ist oft nur ein Schritt, aber welch' ein schrecklicher und unwiderstehlicher! Welcher Triumph für die Verteidiger des Despotismus, wenn sie sehen, daß wir uns nicht selbst regieren können, und daß die auf Gleichheit und Freiheit begründeten Systeme himärisch und trügerisch sind. Wolle Gott! daß man sich Zeit zu vernünftigen Maßregeln nähme, um die Folgen abzuwenden, die wir mit nur zu vielem Grunde fürchten dürfen.“

Wir verweisen hier nochmals auf das in der heutigen Beilage abgedruckte Programm der Amerikanischen Republik. An Denjenigen unserer Landesleute, welche entweder Centralisation für unverträglich mit der Freiheit halten, oder sich dieselbe nur in der Form der persönlichen Diktatur, d. h. wie man das Ding auch wenden und drehen möge, absolutistisch monarchisch denken können, wird hoffentlich die Lehre nicht verloren sein, daß die Amerikaner diese praktischen Demokraten der Welt, die Centralisation durch das Gemeinwohl geboten erachten, aber auch zugleich darauf bedacht sind, sie durch Abschaffung der Präsidentschaft, des letzten Rests der „persönlichen Regierung“ für die individuelle Freiheit ungefährlich zu machen.

Man schreibt uns: „Herr von Schweizer verbreitet und läßt verbreiten, er habe durch den Tod seines Vaters 80,000 Thaler geerbt. Wie mir authentisch mitgeteilt worden hat er noch nicht einmal 80 Pfennige geerbt. Erbin ist seine Mutter; die Erbschaft beträgt nur ca. 50,000 Gulden, und Herr v. Schweizer hat nur nach wie vor die Nutzung von noch nicht dem dritten Theil dieser Summe, also ein Einkommen von etwa 500 Thalern jährlich, womit er bei seiner Lebensweise wohl 6 Wochen reichen mag. Aber Herr v. d. Golz, Scheimer Rath in der Polizeiabtheilung, jetzt so reich dotirt worden, ist ein intimer Freund des Herrn von Schweizer.“

Um in der hochadeligen Sippe zu bleiben, so theilt ich Ihnen das interessante Faktum mit, daß Herr von Schweizer horst, den Herr von Schweizer nach Süddeutschland geschickt hat, um die Arbeiter zum königlich preussischen Sozialismus zu bekehren**), früher ein frommer Knecht der — Gräfin von

*) Verwirklichung.

**) Der Kreuzzug ist sehr kläglich verlaufen. Mit Ausnahme eines kleinen „Erfolgs“ in Freiburg, den sie der Ungeschicklichkeit ihrer Gegner verdanken, sind die Schweizer'schen „Agitatoren“ überall jämmerlich durchgefallen.

*) mit Feststellung einer Constitution (Verfassung) betraute.

feldt war. Im vorigen Jahrgang der „Freien Zeitung“ (Hafsfeldt'sches Organ) glänzt er als Berichterstatler aus Wiesbaden. Herr von Schweizer scheint also, obgleich er Nichts geerbt hat, doch einen größeren Dispositionsfonds zu haben, als „Sie.“

Nachdem Herr v. Schweizer seine „Familienangelegenheiten“ („Agitation in Süddeutschland“, „Agitation in Sachsen“, „Präsidentenwahl“, u. s. w.) geordnet, läßt er im „Sozialdemokrat“ anzeigen, daß er ins Gefängniß zurückkehren werde. Sollte vor Zusammentritt des Reichstags wieder eine oder die andere „Familienangelegenheit“ auftauchen, so wird die preussische Polizei gewiß nicht grausam sein, und einen neuen „Aulaß“ mit bekannter Freundlichkeit gewähren.

Weiße Sklaven.

XIX.

Leipzig, den 7. Februar.

Wie nothwendig es ist, daß sich die Arbeiter in Genossenschaften vereinigen, um sich gegen Unterdrückung zu schützen und Gemäßigtheit zu unterstützen, das möge nachstehender Fall den Arbeitern klar machen.

Seit einem Jahr arbeitete K. in einer hiesigen Maschinenfabrik und zwar, so lange die Vorsteher nicht wußten, daß er sozialistischen Bestrebungen huldige, mit Anerkennung seiner Fähigkeiten, — — — jedoch wurde ihm mit der Zeit verboten, während des Frühstücks von Politik zu sprechen. Wegen seiner hilflosen Stellung mußte er auch das Gespräch auf andere Sachen lenken, bis der bekannte Aufruf zur Besichtigung des Berliner Arbeiter-Congresses die Veranlassung zu Arbeiter-Versammlungen gab, zu welchen von Seiten der Vorsteher Horker abgeschickt wurden, die zu ihrem Schrecken hören mußten, daß K. mit als Delegirter vorgeschlagen ward. Nun war's aus mit dem Landfrieden; mit wahrer Berserkerwuth wurde jetzt in der Werkstatte gehaust; ein Arbeiter z. B., welcher dem Bildungsverein angehörte, und weniger nothwendig war als K., wurde auf der Stelle entlassen, weil er einen nothwendigen Weg abzumachen hatte. K. selbst wurde ganz ernstlich verwahrt, von den Bestrebungen abzulassen, oder das Haus zu meiden u. s. w., bis ihm schließlich am letzten Lohntage ohne allen Grund gekündigt ward, trotzdem er vorher weder gesungen, geraucht, noch gesprochen und geküßt hatte, welche Dinge in der Werkstatte verboten sind. Neugierig, was wohl der Grund zur Entlassung sein möge, fragte K. Tags darauf den Werkführer und erhielt zur Antwort: wegen Arbeitsuntauglichkeit. Nichtsdestoweniger bekam K. gleich darauf ein schwieriges Stück Arbeit, und als er bemerkte, „da er arbeitsuntauglich sei, möge man das Stück einem Andern machen lassen“, erwiderte man ihm, „dann solle er einen Andern an seine Stelle treten lassen“, obgleich besagtes Stück früher an einer andern Stelle von einem Andern gefertigt wurde. K. gegenredete mit triftigen Gründen, daß das nicht sogleich ginge, worauf er auf der Stelle fortgeschickt wurde, ohne daß man ihm die volle Kündigungszeit auszahlte.

Das Ganze war ein schlaues ausgedachter Plan, den Unliebhamen zu beseitigen; natürlich machte K. den Herren den Standpunkt gehörig klar, worauf ihm erwidert wurde, daß er sich den fehlenden Lohn bei seinen Freunden Liebknecht und Bebel holen könne.

Würde nun hierorts eine Genossenschaft bestehen, so würde

K., welcher von jeher für die Arbeitersache wirkte, gegenwärtig nicht nöthig haben, mit seiner starken Familie zu hungern und auf Gnade und Ungnade sich wieder dem ersten besten Ausbeuter zu überliefern. Und kein Arbeiter weiß, wie bald ihm Aehnliches passiren kann.

(Wir haben auf Wunsch des Betroffenen vorläufig dessen Namen sowohl wie den des Fabrikanten verschwiegen. Die Sache ist einem Advokaten übergeben und wird vor die Defentlichkeit kommen. Möge der Mahnruf des Einsenders nicht ungehört verhallen! D. Red.)

Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten.

Der Verbandskasse ist vom A. B. B. Karlsruhe und A. B. B. Offenbach der rückständige Beitrag für 1868, vom A. B. Delsniß der Beitrag für 1869 zugegangen.

Ein Circular in Gewerkschafts-Genossenschafts-Angelegenheiten geht in diesen Tagen an die Verbandsgenossen ab, wir empfehlen dasselbe genauer Beachtung.

Der Vorort.

New-York. Die „Arbeiter-Union“, Organ der Amerikanischen „Nationalen Arbeiter-Union“ empfiehlt den Bebel-Liebknecht'schen Statuten-Entwurf zur Benützung bei der Neuorganisation der Amerikanischen Trades' Unions. (Was sagt Herr v. Schweizer zu diesem Zeugniß?)

Wien, den 15. Februar. Am 11. d. Mon. wurde Lehrer Leidersdorf auf Grund mehrerer in Vereinen gehaltener Reden vom Landesgericht der Gotteslästerung für schuldig befunden und zu 6 monatlichem Kerker verurtheilt. Herr Leidersdorf gehört der sozialdemokratischen Partei an, und hatte deshalb seit Langem etwas auf dem Kerbholz. Den Eindruck, welchen dieses Urtheil und das gegen Pfeiffer auf unsere Arbeiter gemacht haben, können Sie sich denken.

Nürnberg, den 15. Febr. Eine Versammlung hiesiger Buchbinder und Papparbeiter beschloß gestern, die Gründung eines Lokalvereins des deutschen Buchbindervereins für Nürnberg in die Hand zu nehmen. Man beschloß in den hiesigen gelesesten Zeitungen durch Aufrufe an die Kollegen, dieselben zur Theilnahme an einer nächsten Sonntag stattfindenden größeren Versammlung einzuladen. Wir hoffen Ihnen in den nächsten Tagen eine Mitgliederzahl von 100—150 Mann angeben zu können. Erfreulich ist der Eifer, der sich bei den Anwesenden für die gute Sache zeigte, die Debatte war belebt und die Beschlüsse wurden mit Einhelligkeit angenommen. In das Comité wurden gewählt: Joh. Hagenaubauer, E. Hegewald, J. Hartmann, M. Hassel, J. Herbingen. Das Comité ersucht um Zusendung von 100 weiteren Statuten unter Nachnahme der Kosten. Ist der Verein erst fest konstituiert, so wird auch die Agitation in den Nachbarstädten ins Werk gesetzt. — Die hiesigen Rothgießer werden auch in kürzester Zeit zusammentreten um den Anschluß an den Holz- und Metallarbeiterverein zu besprechen.

Schwabach, den 14. Febr. Auf dem Nürnberger Arbeitertage erklärte sich der hiesige Arbeiterverein gegen das aufgestellte Programm und trat dem „Arbeiterbunde“ bei. In der Versammlung am 8. d. M. wurde auf Antrag des Vorsitzenden, Herrn Lindmann, nach langer heftiger Debatte der Austritt aus dem Arbeiterbunde beschlossen. Die Gründung eines Volksvereins wird hier in den nächsten Tagen vorgenommen werden.

Eßlingen, den 13. Febr. Nachdem schon in der Volksversammlung vom 31. Januar sich 39 Mitglieder für eine **Gewerksogenossenschaft der Tuchmacher, Weber und Wirker** eingeschrieben hatten, hielten diese vorigen Sonntag eine **Weberversammlung** ab, in der die Mitgliederzahl auf 72 stieg, eine größere Zahl von Einzelnungen steht in Aussicht. — Herrmann Greulich aus Zürich, der in der hiesigen Volksversammlung für die **Gewerksogenossenschaften** eintrat und den größten Beifall erntete, hat in Göppingen, Reutlingen und Siengen a. B. ebenfalls Versammlungen abgehalten und zwar mit dem größten Erfolg. Sie können versichert sein, die Schwaben werden ihr Contingent für die **Gewerksogenossenschaften** stellen.

Göppingen, den 15. Febr. Die neueste Nummer der „**Arbeiter-Zeitung**“, Organ des **Gauverbandes** der württembergischen Arbeitervereine, die monatlich 1 Mal erscheint, enthält eine Statistik dieser Vereine, der wir unter andern entnehmen, daß zum **Gauverbande** gegenwärtig 21 Vereine gehören, die am 1. Januar 1864 Mitglieder zählten. Der Verein **Freudenstadt**, der keine Mitgliederzahl angegeben hat, ist darin nicht mit inbegriffen. In derselben Nummer veröffentlicht **Karl Bürger**, Vorsitzender des **Gauverbandes**, einen Aufruf, worin er die Vereine ersucht, das **Landescomité** sofort telegraphisch zu benachrichtigen, sobald die **Agenten Schweizers** irgendwo eine Versammlung einberufen.

Baden-Baden. Die traurigen Verhältnisse der hiesigen Arbeiter, namentlich in Bezug auf **Krankenunterstützungswesen**, veranlaßten die hiesigen **Schuhmacher**, einen **Unterstützungsverein** zu gründen. Der Verein besteht seit 5 Jahren und zählte stets zwischen 20—30 Mitgliedern. Innerhalb dieses Zeitraums sind bei einem monatlichen Beitrag von 6—9 Kreuzer 200 Fl. gesteuert und davon 29 Mitglieder mit circa 120 Fl. unterstützt worden. Eine neuerdings eingerichtete **Invalidenkasse** hat bis jetzt noch keinen rechten Anklang gefunden. Im Ganzen sind die Verhältnisse für den Arbeiter hier keine guten, Gelegenheit für Anschluß an ernste Bestrebungen giebt es hier gar nicht. Um so mehr ist für Vergnügungen gesorgt, welche die Masse nur noch mehr von allen ernstlichen Bestrebungen abziehen und sie verflachen, wie es ohnedies schon geschieht.

Mainz, den 11. Febr. Die **Gewerks-Genossenschaft der Schreiner (Tischler)** hier hat sich am 6. dieses Mon. dem **Bororte Leipzig** bedingungslos angeschlossen, nachdem sie 3 Monate lang über die Anschlußfrage die Diskussion ausgefeilt ließ. Versuchte Störungen von Mitgliedern des hiesigen früher **Häfeldtschen** jetzt **Schweizerschen** Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins schlugen trotz ihrer Gewandtheit nicht ein; die Antwort war einstimmiger Beschluß von ca. 100 zahlenden Mitgliedern obiger **Gewerks-Genossenschaft** für den Anschluß an **Leipzig**.

Schwerin, den 15. Febr. Die beiden **Gesellengewerkschaften**, der hiesigen **Maurer- und Zimmergesellen** haben in Veranlassung und weiterer Folge des **Nothgewerbegesetzes** vom 8. Juli v. J. für alle Staaten des **Norddeutschen Bundes** durch ihren Vorstand, ihre **Altgesellen** und **Ladenschreiber**, nachstehenden Vortrag dem **Ministerium des Innern** übergeben:

„Durch das für alle Staaten des **Norddeutschen Bundes** rechtsverbindliche **Nothgewerbegesetz**, wie solches unterm 8. Juli v. J. durch das **Bundesgesetzblatt** publicirt ward, sind auch diejenigen Verhältnisse, in welchen die **Maurergesellen Mecklenburgs** bisher zu den, den **Aemtern** ertheilten

Amtsrollen gestanden haben, wesentlich Andere geworden, indem zur Uebernahme und Ausführung einer jeglichen **Maurerarbeit** weder ein **Befähigungsnachweis** mehr erforderlich ist, noch in der Anfertigung aller und jeder **Maurerarbeit** ohne auf **Lehrlingszeit, Gesellen- und Wanderjahre** Rücksicht zu nehmen, irgend eine **Beschränkung** stattfindet, vielmehr die freieste **Concurrenz** ohne jegliche **Schranken** gestattet ist, da sogar ein jeder **Gewerbetreibende Maurerarbeit** übernehmen und ausführen kann, dazu in der **Wahl** und **Zahl der Arbeiter** die freieste **Verfügung** hat, ja selbst **Lehrlinge** in beliebiger **Zahl** halten darf.

Nach reiflicher Erwägung aller dieser bereits eingetretenen Umgestaltungen, wie der nothwendig sich daraus ergebenden weiteren Folgen, so wie in Berücksichtigung, daß die **Amtsrollen** in allen ihren, die **Gesellenverhältnisse** betreffenden Paragraphen den **Maurergesellen** nur **Pflichten** und die größten **Beschränkungen** in der **Verbesserung** ihrer **sozialen Lage** auferlegen, ihnen aber gar keine **Rechte** und **Vorteile** fortan mehr verleihen noch künftig verleihen können, haben die **Maurergesellen Schwerins** in pflichtmäßiger Berücksichtigung ihrer materiellen Lage und **sozialen Interessen** beschloßen und die unterzeichneten **Altgesellen** und **Ladenschreiber** bevollmächtigt, im Namen der hiesigen **Maurergesellschaft** an das **Ministerium** die **Erklärung** abzugeben:

daß sie die in der **Maureramtrolle** für den **Schweriner** **Junfsbezirk** enthaltenen einzelnen Bestimmungen, **Vorschriften** und **Gesetzesparagraphen**, in so weit sie das gesammte **Gesellen-Verhältnis** sowohl zum **Amtspatron**, **Amtsvorstände**, zu den **Meistern**, wie ihre **speciellen Verpflichtungs- und sonstigen Caffenverhältnisse**, ihre **Arbeitszeit** und **Lohnpreise** zc. zc. betreffen, fortan nicht mehr als für sie **rechtsverbindlich** und für sie **normirend** anerkennen können und wollen, sich also von denselben **losagen** und hierbei die **Erklärung** hinzufügen, daß sie in **Gemäßheit** des **Bundesgesetzes** vom 8. Juli v. J. sich fortan als **freie Arbeiter** und **Gewerbetreibende** betrachten und als solche nunmehr ihren **Lohn**, wie ihre übrigen **Verhältnisse** zu den **Arbeitgebern** nach ihrem freiesten Ermessen **regeln** wollen, wie sie denn auch ihre **gesammten Caffen** künftig ohne **Concurrenz** des **Amtspatrons**, **Amtsvorstandes** oder der **Ladenmeister** **verwalten** werden.“
(Das ist ein Anfang. Nur vorwärts.)

Braunschweig. Am 25. Juni des vorigen Jahres entschied sich hier eine zahlreich besuchte **Volksversammlung** einstimmig für **Einführung** des allgemeinen, gleichen und direkten **Wahlrechts** in der **Gemeindevertretung**. Die **Stadtverordneten** beschäftigten sich darauf hin mit einer **Reform** des **städtischen Wahlgesetzes**, und faßten auch einige, jedoch durchaus ungenügende **Beschlüsse**. Eine zweite, am 28. November stattgefundene **Volksversammlung** wiederholte einstimmig die **Forderung** des vollen und gleichen **Wahlrechts** und setzte ein **Comité** nieder, das alle gesetzlich zulässigen Schritte zur **Erreichung** des Ziels thun sollte. Das **Comité** hat seine Aufgabe sehr ernst genommen und eine, die Frage nach allen Seiten hin erschöpfende **Denkschrift** ausgearbeitet, die den **städtischen Behörden** vor Kurzem überreicht ward. Fruchtet dies nichts, so wird das **Comité**, an dessen Spitze der brave **Sozial-Demokrat M. Bracke** steht, andere **Hebel** in **Bewegung** setzen. (Aus der **Denkschrift**, die uns überschickt ward, werden wir gelegentlich **Auszüge** bringen. Das Vorgehen unserer **Gefinnungsgenossen** in **Braunschweig** wird hoffentlich der **sächsischen Volkspartei** ein **Sporn** sein, die Frage einer durchgreifenden **Reform** des

Gemeinde-Wahlgesetzes wieder auf die Tagesordnung zu bringen. (D. Red.)

Dresden, den 17. Febr. Die vom „Sozial-Demokrat“ für vergangenen Sonnabend in Aussicht gestellte Versammlung, in welcher die „Agitatoren für das verrottete Sachsen“ auftreten sollten, hat bis heute noch nicht stattgefunden, obwohl die Hrn. Liebig und Schumann schon seit Sonntag hier sind. Der Grund mag sein, daß man die Gegend für nicht ganz geheuer hält. Wir wollen damit nicht sagen, die Herren hätten Furcht, es hat hier aber wirklich Niemand Lust zu dem häßlichen Gezänk, welches, wie die Dinge nun einmal liegen, und zwar durch die Schuld des Herrn v. Schweizer, unausbleiblich wäre. Wir sind den beiden Gesandten des „Präsidenten der Menschheit“ privatim freundschaftlich entgegengetreten, haben ihnen gesagt, sie möchten ruhig nach Hause gehen; damit würde zwar Herr v. Schweizer nichts, der sozialdemokratischen Sache aber sehr viel genützt sein, denn was sich für diese thun ließe, würden wir hier schon selbst besorgen. Für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hätten wir die lebhaftesten Sympathien und wären gar nicht abgeneigt mit Sack und Pack zu ihm überzutreten, vorläufig wollten wir denselben aber allein seinen Weg gehen lassen, bis er sich selber noch mehr, als dies bisher schon geschehen sei, von der üblichen Diktatur- und Organisations-Spiellerei losgesagt hätte. Diese letztere fürchteten wir, nicht den Herrn v. Schweizer. Derartiges Hin- und Widerreden ist zwar momentan ganz ohne Erfolg, es wird aber im Laufe der Zeit schon seine Wirkung thun.

Sollten die Schweizerianer trotz unserm guten Willen, Freundschaft zu halten, doch auf uns und unsere Leipziger Freunde los schlagen, so ist Alles vorbereitet, um ihnen mit Macht entgegenzutreten.

Crimmitschau, den 16. Februar. Die Generalversammlung für die definitive Constituirung einer Gewerkschaft wird das hiesige Comité zum Himmelfahrtstage oder zu Pfingsten nach Leipzig einberufen. Früher wird es nicht gut gehen, da die Leipziger Ostermesse dazwischen kommt, die viele unserer Mitglieder hindert, ihre ganze Kraft der Sache zu widmen. Im Volksvereine haben sich bereits 300 Mitglieder für die Gewerkschaft unterzeichnet, wir hoffen vom hiesigen Orte allein mit mindestens 1200 Mann ins Feld rücken zu können. Jeden Sonntag und jeden Wochentag Abend werden in den einzelnen Vereinen Versammlungen abgehalten, in denen die Mitglieder des Comité's sprechen. Auch für die Gewerkschaft der Schuhmacher, Eisenarbeiter und Holzarbeiter werden wir eine hübsche Zahl stellen.

Die **Allgemeine Deutsche Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft** (beiderlei Geschlechts) hat sich am 10. d. M. constituirt. Es wurde eine Commission niedergesetzt, welche alle Fachgenossen (beiderlei Geschlechts) in Deutschland und der Schweiz zum Beitritt erlassen soll. Die gewählten Beauftragten, bestehend aus 15 Köpfen (darunter 2 Frauen), constituirte sich als provisorischer Organisationsausschuß. Sie sind zugleich beauftragt das nöthige Material für die Generalversammlung vorzubereiten. Auswärtige Fachgenossen bitten wir, sich mit dem Organisationsausschuß zum weiteren Handeln in Verbindung zu setzen, Beitrittserklärungen, sowie etwaige Anträge wegen Abhaltung der Generalversammlung, Feststellung des Statuts, des Namens etc. an den Beauftragten, Herrn Jul. Motteler in Crimmitschau, gelangen zu lassen.

Bischofsverda, den 14. Febr. Hier hat sich schon seit einiger Zeit ein Arbeiter-Verein gebildet, der unter der

tüchtigen Leitung seines Vorsitzenden, Herrn Lausche, sehr gute Fortschritte gemacht hat. Nachdem der Verein in der hiesigen Arbeiterschaft festen Boden gewonnen hat, wird es uns auch möglich sein, in den Nachbarstädten im gleichen Sinne vorzugehen, und das soll denn auch geschehen; die Einleitungen dazu sind getroffen.

Leipzig, W. Am 14. d. M. feierte eine Anzahl Leipziger Buchdrucker ein seltenes Fest. Im Jahre 1865 waren dieselben zusammengetreten und verpflichteten sich durch Zeichnung von Aktien à 10 Thlr. zu einer wöchentlichen Einzahlung von 5 Ngr. à Aktie zur Errichtung einer Vereins-Buchdruckerei, und so war man denn bis Anfang 1869 so weit gekommen, daß das Geschäft eröffnet werden konnte. Der 14. Februar war nun dazu bestimmt, dieses Geschäft offiziell den Aktionären zu übergeben resp. von ihnen besichtigen zu lassen. Der Vorsitzende des Vorstandes gab in kurzen Umrissen ein Bild der Entstehung und Verwirklichung dieser Idee, und sprach nur sein Bedauern darüber aus, daß es bis heute noch nicht möglich gewesen, die Bestätigung der Statuten zu erlangen. Im Jahre 1866 wurden dieselben beim Ministerium eingereicht. Nachdem dasselbe mehrere Ausstellungen gemacht, welche auch geändert wurden, waren ziemlich 2 Jahre verstrichen. Plötzlich erhielt man vom Ministerium die Kunde, daß nach dem neuen Gesetz vom 17. Juli 1868 derartige Statuten einer Ministerial-Bestätigung nicht mehr bedürften, und seien dieselben zur Bestätigung an die Leipziger Handelskammer abgegeben worden. Nun glaubte man gewonnenes Spiel; doch man täuschte sich. Die Leipziger Handelskammer machte so viele Ausstellungen an diesem Statut, daß sogar die Grundprinzipien der Gesellschaft verletzt wurden, und so sah sich denn der Vorstand, der ewigen Nörgeleien müde, genöthigt, den Weg der Beschwerde zu betreten. Allgemein freuten sich die versammelten Theilnehmer über dieses schöne Geschäft, welches, von Grund aus neu, mit den modernsten Schriften ausgestattet ist und zwei Druckmaschinen aus der Fabrik von König & Bauer aufgestellt hat. Beschäftigt sind darin gegenwärtig 8 Sezer und 2 Maschinenmeister, sämmtlich Aktionäre, da das Statut bestimmt, daß nur Aktionäre dort arbeiten sollen, der Reingewinn jedoch an jeden Theilhaber jährlich vertheilt werden soll. Möge diesem Unternehmen, an welchem der Schweiß der Arbeiter klebt, und das nur durch Ersparnisse vom kärglichen Lohn so weit gediehen, der Segen nicht fehlen.

Leipzig, den 16. Februar. Die von Herrn von Schweizer mit viel Lärm angekündigte „Agitation in Sachsen“ hat begonnen. Was wir bis heute darüber zu verzeichnen haben, sieht nicht nach Erfolg aus.

Donnerstag den 11. wurde im Wiener Saal eine Arbeiter-Versammlung abgehalten, die von ungefähr 400 Personen besucht war. Herr Seyfert präsidirte, und Herr Schumann hielt einen halbstündigen Vortrag über die „soziale Frage“. Neues hörten wir daraus nicht; wir konnten überhaupt nicht begreifen, warum Herr Schumann hiehergeschickt war — was er sagte, konnten die hiesigen Mitglieder des allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins ebenso gut und besser sagen. Die Versammlung verlief sehr ruhig. Von unserer Seite theilnahmen sich Werner, Liebknecht und Bebel an der Debatte, die sich vorzugsweise um das sächsische Wahl- und Vereinsrecht drehte. Das Endergebnis war, daß eine von Bebel vorgeschlagene Resolution, betreffend die Forderung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts und des freien Vereins- und Versammlungsrechts einstimmig angenommen wurde. Auf Antrag Werners wurde ferner beschlossen, aus allen drei vertretenen Fraktionen der Arbeiterpartei ein Comité zu bilden,

welches die Einberufung eines sächsischen Arbeiterkongresses behufs der Agitation gegen das jetzige Wahl- und Vereinsgesetz veranlassen sollte. In das Comité wurden vom Schweizerischen Verein: Seyfert, Taute, Peholdt, vom Mendelschen Verein: Röthing, von unserer Seite: Liebknecht, Bebel und Werner gewählt. Erwähnt sei noch, daß Herr Liebfisch aus Hamburg nicht zugegen war, weil er unwohl sei. Dieser für uns so befriedigend verlaufenen Arbeiterversammlung folgte am Freitag Abend eine Schuhmacher-Versammlung in der Herr Schumann aus Berlin einen Vortrag über den Stand der Schuhmacherei und die Nothwendigkeit der Organisation in Gewerkschaften hielt. Der Vortrag wurde von der ungefähr 60 Köpfe zählenden Versammlung sehr beifällig aufgenommen. Das Endergebnis der Versammlung war die Wahl einer Commission von 7 Personen zur Prüfung der Gewerkschaftsstatuten. Von diesen sieben Personen ist nur einer Mitglied des allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins, die übrigen sechs stehen auf unserer Seite. Den Schluß daraus ziehe sich Jeder selbst.

Sonntag den 13. fand in Wurzen ein Arbeiter-Versammlung statt, einberufen von den dortigen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins. Bebel und Liebknecht, welche davon Kenntniß erhielten, reisten ebenfalls hin. Herr Schumann aus Berlin hielt einen fünfviertelstündigen Vortrag über die sociale Frage und forderte zum Schluß zum Eintritt in den allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein und die Gewerkschaften des Herrn von Schweizer auf. Als sich Liebknecht zum Worte meldete, wurde beantragt, jedem Redner ferner nur $\frac{1}{4}$ Stunde Zeit zum reden zu gewähren, der Antrag wurde angenommen. Dessen ungeachtet verlief die von vielleicht 350 Personen besuchte Versammlung sehr stürmisch. Die von unserer Seite vorgebrachte Personenfrage wurde gründlich diskutiert. Kurz nach elf Uhr erklärte der Vorsitzende, der mehr, als seine Stellung es ihm erlaubte, in die Debatte eingegriffen, und zuvor noch eine heftige Rede gehalten hatte, die Versammlung für geschlossen, trotzdem noch mehrere Redner unter ihnen auch Bebel in die Rednerliste eingeschrieben waren. Die Versammlung verlief ohne Resultat, dahingegen wurde Liebknecht und Bebel von einer Anzahl Arbeiter eingeladen, nächstens wiederzukommen und auch ihrerseits in längerer Rede ihren Standpunkt zu entwickeln, da dieses bei der ihnen zum Sprechen eingeräumten Viertelstunde Zeit nicht möglich war. (Mindestens $\frac{9}{10}$ der Versammlung waren auf unserer Seite. D. Red.)

Sonntag Vormittag 10 Uhr hielt Herr Liebfisch aus Hamburg der mittlerweile eingetroffen war, in Pantheon zu Leipzig einen Vortrag über die Arbeiterfrage. Liebknecht und Bebel waren nicht zugegen. Die Versammlung war überhaupt schwach besucht, sie zählte kaum 200 höchstens 250 Personen. Parteigenossen, die zugegen waren, versichern, daß einem großen Theil des Liebfisch'schen Vortrags, die, den Lesern des „demokratischen Wochenblattes“ hinlänglich bekannten Artikel von Gecarius über die Londoner Schneiderei zu Grunde lagen. Sein Vortrag währte $1\frac{3}{4}$ Stunde und wurde mit viel Beifall aufgenommen. Später kam die Personenfrage ebenfalls ins Spiel. Die Führer der Volkspartei zieh ein Nippspiel der „Feigheit,“ (Ho! Ho!) weil sie es nicht für der Mühe werth gehalten hatten, zu erscheinen. Die Herren Seyfert und Taute, welche die persönlichen Angriffe zu unterdrücken suchten, sollen deshalb bei einigen fanatischen Collegen im allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein in argen Verruf

gekommen sein; letzteren habe man sogar als „Verräther“ bezeichnet, obgleich seine ehrliche Gesinnung über jeden Zweifel erhaben ist. Herrn Taute's Antrag, Herrn von Schweizer und Herrn Liebknecht aufzufordern, in einer öffentlichen Versammlung hier sich gegenüber zu treten, und ihre gegenseitigen Anschuldigungen vorzubringen, wurde einstimmig angenommen. Eine zweite Disputation a la Luther und Eck steht also den Leipziguern bevor.

Erklärung.

Indem ich den Beschluß der Arbeiterversammlung vom 14. d. Mon. mit Freuden begrüße, erkläre ich hiermit ausdrücklich, daß ich bereit bin, Herrn von Schweizer in einer Volksversammlung gegenüberzutreten und den Beweis zu liefern, daß er (Herr von Schweizer) — sei es für Geld oder aus Neigung — seit Ende des Jahres 1864 systematisch die Organisation der Arbeiterpartei zu hintertreiben sucht, und das Spiel des Bismarck'schen Cäsarismus spielt.

Ferner werde ich beweisen,

daß ich und meine Freunde kein Mittel unversucht gelassen haben, um die Einigung der Partei herbeizuführen, und daß Herr von Schweizer es war, der alle unsere Bemühungen bis jetzt vereitelt hat.

Falls Herr von Schweizer, wie er schon einmal gethan, mir ausweichen sollte, erkläre ich mich bereit, — allein oder mit Bebel — ihm in Berlin in Gegenwart seiner dortigen Bevollmächtigten, der Arbeiterschaftspräsidenten u. s. w. entgegenzutreten und die obigen Anklagen zu begründen.

Ferner erkläre ich mich bereit, — allein oder mit Bebel — auf der nächsten Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu erscheinen, und meine Anklagen gegen Herrn von Schweizer zu begründen.

Endlich mache ich, um zu einem definitiven Abschluß zu gelangen, den Vorschlag,

daß die „Differenz“ zwischen mir und Hrn. von Schweizer dem Schiedsrichterspruch des Generalkath's der Internationalen Arbeiterassoziation unterbreitet werde, der wir (so weit die deutschen Vereinsgesetze es erlauben) uns seit September des vorigen Jahres angeschlossen haben, und der sich auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (in derselben Weise wie wir), anzuschließen im Begriff steht.

Leipzig, den 18. Februar 1869.

W. Liebknecht.

Anzeige.

En vente chez tous les libraires au prix de 6 Kr. (2 Sgr.) le programme de:

La Fraternité

organe international de la démocratie

paraissant tous les huit jours à Mannheim (Grand-Duché de Bade). Prix d'abonnement à Mannheim et à Heidelberg: 3 mois fl. 1. 30. — 6 mois fl. 3. — un an 6 flor. —

On s'abonne à la poste.

Adresser tout ce qui concerne le journal:

à Mr. E. La Rigaudière à Heidelberg (Grand-Duché de Bade).

(Allen Parteigenossen auf's Wärmste empfohlen.)

D. Red. d. „Demokr. Wochenbl.“

Verantwortlicher Redacteur: W. Liebknecht.

Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: G. W. Bollrath.

Expedition: Petersstraße 18.

Hierzu eine Beilage.

Die indirekten Steuern und der Aftersozialismus.

IV. (Schluß.)

C. H. Wir haben in unserm vorigen Artikel gezeigt, daß unter den heutigen Verhältnissen für den Arbeiter weder ein Grund vorhanden ist, seinen Zorn speziell gegen die bestehende indirekte Besteuerung zu wenden, noch sich für den Plan einer direkten progressiven Einkommensteuer zu begeistern. Im Gegenteil: der sozial-demokratische Arbeiter, d. h. der Arbeiter, welcher seine Klassenlage und die Mittel zu deren Verbesserung erkannt hat und diese Mittel anzuwenden entschlossen ist, muß daran festhalten, daß das System der indirekten Steuern mit der Herrschaft des Kapitals unlösbar zusammenhängt, und daß der Plan einer direkten progressiven Einkommensteuer für heute eine Unmöglichkeit, ein Hirngespinnst ist, das nur Schwachköpfen als ein reelles Ziel politischen Strebens vorschreiben kann und nur von listigen Bourgeois oder Reaktionsären den Arbeitern als Köder vorgesteckt wird, um sie von der Verfolgung des wahren Ziels — die Volksherrschaft an Stelle aller Klassenherrschaft zu setzen — abzulenken.

Ferdinand Lassalle hat in seinem „Arbeiterprogramm“ und noch ausführlicher in seiner Schrift: „die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen“, klar gezeigt, in welchem innigen Zusammenhang die politische und soziale Herrschaft der Bourgeoisie mit den indirekten Steuern steht. Er wußte, wie abgeschmackt die Idee sei, die erstere anzuerkennen und die letzteren — einen Ausfluß der ersteren! — bekämpfen zu wollen. „Könnte mir.“ fragt Lassalle, wegen der erstgenannten Schrift angeklagt, in seiner Verteidigungsrede das königlich preussische Kammergericht, „könnte mir gewehrt werden, eine friedliche und legale Agitation für die Abschaffung der indirekten Steuern zu eröffnen? Ich that es nicht, nicht deshalb, weil ich nicht eine Umwandlung der indirekten Steuern in direkte lebhaft wünschte, sondern deshalb, weil ich mich auf diese Dinge zu gut verstehe, um nicht zu wissen, daß jede durchgreifende Steuerreform vollkommen unmöglich ist, so lange nicht Maßregeln anderer Art vorhergehen, insbesondere, so lange nicht aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangene gesetzgebende Körper existieren.“

So Ferdinand Lassalle.

Wertwürdiger Weise halten gerade die, die unbedingt auf Lassalle schwören, sich wie legitime Nachfolger desselben ansehn, und Jeden, der nicht an sie glaubt, verkehren, die Herren vom „Sozialdemokrat“, an diesem auch von Lassalle aufgestellten Prinzip durchaus nicht fest. Sie tadeln z. B. die preussische Regierung, daß sie dem Beschluß ihres Abgeordnetenhauses auf Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuern nicht zustimme, und thun, ganz so wie die Organe der Fortschrittspartei, piquirt und ärgerlich darüber. Dieses, auf die Unkenntnis der Arbeiter berechnete Gebahren vereint also brüderlich die Reaktion des „Sozialdemokrat“ und die preussische Fortschrittspartei! Solchen Humbug nennen wir, im Gegensatz zum ächten, prinzipiellen Sozialismus, den Aftersozialismus.

Das Wesen des Aftersozialismus besteht also darin, daß er, statt das soziale Uebel an der Wurzel anzufassen und radikal zu bekämpfen, sich irgend eine, den Kern und das Wesen der sozialen Uebel gar nicht tangierende*) Nebenfrage herausucht und auf dieser mit einem großen Aufwand von Geräusch und

Geklapper herumreitet und Schaustücke mit ihr auführt. So gebrauchte der Aftersozialismus zuerst ganz einseitig das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht. Er geberdete sich demmaßen, als ob mit der Formel des allgemeinen Wahlrechts Wunder was gethan sei. Er übersah (oder that wenigstens so), daß diese Formel noch lange nicht der Ausdruck der Volksherrschaft ist, ja daß sie an und für sich, ohne Garantien der Freiheit und eine ganze Reihe unerläßlicher Vorbedingungen, eben so bequem zur Tyrannei, wie zur Freiheit sich gebrauchen läßt. — Nachdem die Thatfachen an den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag Jedermann deutlich machten, was der Aftersozialismus nicht gewußt oder vertuscht hatte, da hatte letzterer ein anderes Stichwort, ein anderes „Ziel“ nöthig. Es kamen die „Produktiv-Assoziationen mit Staatshilfe“. Kein Sozialdemokrat wird bestreiten, daß unter den verschiedenen energischen und durchgreifenden Maßregeln, die das Volk, erst einmal zur Herrschaft gelangt, behufs gründlicher Abschaffung aller Klassenherrschaft — Emanzipation der arbeitenden Klassen und humaner Pflege der Entwicklung aller Individuen — ergreifen wird, auch Produktiv-Genossenschaften, gegründet durch den Willen und eingerichtet nach dem Willen des freien Volks, nicht fehlen werden. Aber was soll man dazu sagen, wenn der Berliner „Sozialdemokrat“ Anfangs 1868 bei einem Bericht über den Nothstand den ostpreussischen Arbeitern zuruft: „Arbeiter, vereinigt Euch, fordert Produktiv-Assoziationen!“ Die Arbeiter, die in Unterwürfigkeit vor ihren Herren buchstäblich „ersterben“, die Arbeiter, die so systematisch unter der Knute stehen und am bureaukratischen Gängelbunde geführt sind, daß sie sich wundern würden, wenn sie einmal ungegänzelt und ungeknechtet blieben, — diese Arbeiter in diesem Staate sollen Produktiv-Assoziationen bilden! Nein, das ist nicht Sozialismus, sondern das ist plumper oder vielmehr recht schlauer — Aftersozialismus!

Wir sehen somit, daß auch auf dem Gebiete der Steuer-gesetzgebung der Aftersozialismus nur seiner Natur gemäß handelt, wenn er, in brüderlicher Eintracht mit dem biederem „Fortschritt“, dem heutigen Staat „eine einzige direkte progressive Einkommensteuer“ abnöthigen möchte, wenn er ferner bei, wo möglich einstimmiger, Annahme einer dahin gehenden Resolution überaus vergnügt ist, und wenn er endlich, nachdem seine Resolution dahin, wohin sie gehört, in den Papierkorb gewandert, über die böse Welt mühsend wird oder sich stellt. Der wahre Sozialismus dagegen lehrt, daß die Abschaffung der indirekten Steuern in dem heutigen Staate der Klassenherrschaft ebenso wenig durchführbar und, selbst wenn durchführbar, eben so wenig ein Vortheil für das arbeitende Volk ist, als in demselben, von Privilegirten beherrschten Staate, Produktiv-Assoziationen oder das allgemeine Wahlrecht. Der wahre Sozialismus lehrt, daß im heutigen Staate, wo die Regierung herrscht und das Volk gehorchen muß, die Emanzipation des Proletariats ein Hirngespinnst bleibt, und daß diese Emanzipation vom Proletariat selbst ausgehen muß und nur in Staaten geschehen kann, wo das Volk herrscht und die Regierung nur der Diener des Volkes ist. Quacksalbern wir also nicht erst an dem Staate der Bourgeoisie herum, lassen wir ihm seine indirekten Steuern, seinen Zensus und was er sonst nöthig hat, aber sorgen wir dafür, daß dieser Staat selbst, mit allen seinen schönen Einrichtungen, verschwinde, um der Herrschaft des Volkes Platz zu machen, unter welcher die Unmöglichkeit aller indirekten Steuern selbstverständlich ist, und die Einführung einer direkten Einkommen-

*) berührende.

steuer mit starkem Progressivsatz nicht mehr eine Illusion, sondern eine ächt demokratische und von den heilsamsten Folgen begleitete Einrichtung sein wird.

Die Arbeiterbewegung in Wien.

(Fortsetzung und vorläufiger Schluß).

Die Sperlversammlung.

Wien im Februar.

Zum dritten deutschen Bundesschießen, welches bekanntlich im Juli vorigen Jahres stattfand, waren Gäste aus allen Theilen Deutschlands nach Wien gekommen. Die meisten derselben waren natürlich, wie bei den Schützenfesten in Frankfurt und Bremen, lediglich des Vergnügens wegen, nur eine kleine Anzahl von Männern war mit ernstlichen Absichten nach Wien gekommen. Es waren Vertreter der süddeutschen Volkspartei, welche sich hier einen mächtigen Anhang verschaffen wollten und sich zu diesem Zwecke mit ihren hiesigen Freunden über die Abhaltung einer Volksversammlung verständigt hatten. Da nun das Wiener Bürgerthum in politischen Dingen ziemlich indifferent ist, die Arbeiter dagegen bereits eine sehr rege politische Thätigkeit entfaltet hatten, so mußten diese bei einer politischen Kundgebung in Betracht gezogen werden.

Vielleicht wäre auch ein Einverständnis mit den Arbeitern erzielt worden, wenn sich den Vertretern der süddeutschen Volkspartei nicht Elemente angehängt hätten, welche nicht der Sache des Volkes, sondern den Interessen der durch den Krieg vom Jahre 1866 vertriebenen Fürsten dienten, und die sich nur deshalb dem Programme der genannten Partei angeschlossen, weil dasselbe den Föderalismus proklamirte hatte. An demselben Tage, wo die Herren Julius Frese, und Karl Mayer, die hervorragendsten Führer der süddeutschen Volkspartei, aus Stuttgart hier eintrafen, fand im Café Orient eine Berathung statt. An derselben nahmen u. A. die Herren Dr. H. M. Richter, A. Trabert, A. Röckel und Martin Ray Theil. Karl Mayer war nicht erschienen. Die Verhandlung beschränkte sich an diesem Abende darauf, daß die Wiener Anhänger der süddeutschen Volkspartei ihren auswärtigen Freunden die Parteiverhältnisse in Wien auseinandersetzen. Hieran anknüpfend erklärte der zu der Besprechung eingeladene Vertreter der Arbeiterpartei, Herr Oberwinder, daß, wenn die Vertreter der Volkspartei im Interesse der Demokratie ein practisches Resultat erzielen wollten, sie sich unumwunden für die sozialistischen Bestrebungen aussprechen müßten. Es wurde beschlossen, daß nach zwei Tagen in der „goldenen Ente“ eine zweite Besprechung stattfinden solle.

Dr. Richter übernahm es, zu derselben die Herren Dr. Granitsch, Dr. Kuranda, Dr. Kopp, Gm. Huber, Mich. Etienne und Ludwig Eckardt einzuladen. Dieselben leisteten auch dieser Einladung Folge. Auch die Herren Frese und Karl Mayer, sowie einige Gäste aus Norddeutschland waren erschienen. Kuranda führte den Vorsitz. Nach längeren Erörterungen beantragte Eckardt, der beabsichtigten Volksversammlung eine Resolution vorzulegen, in welcher die föderative Vereinigung der deutschen Volksstämme betont werde und den Bestrebungen der Volkspartei ein Anerkennungs-votum auszusprechen sei. Oberwinder erklärte sich gegen eine derartige Resolution, indem er bemerkte, daß die „föderative Vereinigung der deutschen Volksstämme“ auch auf dem Programme der despotischen Fürsten stehe. Der Föderalismus sei überhaupt sehr häufig das Feldgeschrei der Reactionäre. Was seine Anwendung für die Zukunft betreffe, so sei es jetzt nicht an der

Zeit, darüber zu streiten, die Gewalt der Thatfachen werde mit der Zeit die nöthige Klarheit auch da schaffen, wo man noch in Folge kleinstaatlicher und unentwickelter Verhältnisse im Dunkeln umhertaste. Die Arbeiter könnten einer Partei kein Anerkennungs-votum geben, welche nicht einmal über ihr Programm einig sei.

Die Aeußerungen des Herrn Oberwinder, welche beweisen, daß die Arbeiterpartei an eine Ueberrumpelung in der Volksversammlung nicht dachte, wie es ihr später mit Unrecht vorgeworfen wurde, fanden kein Gehör. Sein Antrag, das Wort „föderativ“ in die Resolution nicht aufzunehmen, war bereits gefallen, als die Herren Kuranda und Dr. Granitsch für denselben eintraten, indem sie erklärten, unter diesen Umständen nicht an der Versammlung Theil nehmen zu können, da die Betonung des Föderalismus in Oesterreich zu Mißverständnissen führen könne. Es wurde wiederholt abgestimmt und der Antrag des Herrn Oberwinder angenommen. Im Uebrigen aber wurde beschlossen, zur definitiven Abfassung der Resolution ein Comité zu wählen. Die Wahl fiel auf die Herren Julius Frese, Karl Mayer, A. Trabert, Mich. Etienne und Dr. H. M. Richter. Erst am Tage vor der Volksversammlung theilte Dr. Richter Herrn Oberwinder den Wortlaut der Resolution mit, worauf dieser erklärte: „Die Resolution entspreche den Anschauungen der Arbeiter nicht, diese würden ihren Standpunkt wahren.“ Schon Tage vorher war die Volksversammlung vermittels Aufrufs auf den 2. August in die Sperl-Säle einberufen worden. Der Präsident des Schützenfestes, Dr. Eduard Kopp, hatte den Aufruf selbst unterzeichnet, die Sperl-Säle lagen sogar unweit des Festplatzes, die deutschen Schützenbrüder konnten deshalb auf dem Platze sein.

Am 2. August, Vormittags 10 Uhr, wurde die Versammlung durch Dr. Eduard Kopp eröffnet und derselbe hierauf durch Acclamation zum Vorsitzenden gewählt. Es mochten etwa 5000 Personen anwesend sein. Die Tribüne war von den Wortführern der beiden sich gegenüber stehenden Parteien besetzt. In der Mitte des Saales standen die deutsch-nationalen oder vielmehr nationalliberalen Mitglieder des Wiener Volksvereins, welche vergeblich den Versuch machten, zum Wort zu kommen. Die unerträgliche Hitze bewirkte, daß von den erschienenen Schützen viele weggingen, während die Arbeiter bis zum Schluß der Versammlung (4½ Uhr Abends) ausharrten. Nachdem der Vorsitzende die Resolution des Comité's, welche den Anschluß an die Bestrebungen der Volkspartei verlangte, verlesen hatte, nahm Dr. Richter zu deren Begründung das Wort. Seiner sachlichen Rede folgte eine Verherrlichung der Südbundsidee durch Karl Mayer, eine Lobrede auf den Föderalismus von A. Trabert und ein Vortrag von Julius Frese. Plötzlich entstand eine lebhafteste Unruhe auf der Tribüne. Es war nämlich eine von Oberwinder, Hartung und Groß unterzeichnete Resolution eingebracht worden, dahin lautend: „Die deutsche Frage kann im Sinne der Freiheit nur gelöst werden durch innigen Anschluß des Volkes an die Bestrebungen der Sozialdemokratie.“ Bei Verlesung dieser Resolution entstand eine große Bewegung.

Angerstein versuchte nun die Gegensätze zu vermitteln, indem er die Volkspartei ermahnte, den Arbeitern gegenüber nicht in den Fehler der preussischen Fortschrittspartei zu verfallen, und beantragte Annahme des Jacoby'schen Programms. Es sollten nun die Wortführer der Arbeiter zur Begründung ihres Antrags das Wort erhalten. Dr. Kopp erklärte jedoch, daß Schluß der Debatte beantragt sei, ließ auch darüber abstimmen, doch wurde der Schluß abgelehnt. Oberwinder begründete nun den von ihm eingebrachten Antrag. Er wies

nach, daß von der Dynastienpolitik nichts für das Volk zu erhoffen sei, von der kleinstaatlichen so wenig, als von der großstaatlichen. Die deutsche Frage werde erst dann in einer den Volkswünschen entsprechenden Weise gelöst, wenn das europäische Proletariat der Freiheit eine sichere Grundlage erkämpft habe. Durch Annahme seines Antrages würde sich die Volkspartei von dem Vorwurfe reinigen, daß sie im Interesse der besessenen Fürsten arbeite. Im Uebrigen müsse er sich auch gegen den Antrag des Herrn Angerstein aussprechen, da hier nicht der Ort sei, ein sozialistisches Programm zu erörtern.

Angerstein zog nun seinen Antrag zu Gunsten desjenigen des Herrn Oberwinder zurück. Für denselben sprachen noch die Herren Hartung und Groß und nach mancherlei stürmischen Szenen erfolgte auch mit großer Majorität dessen Annahme. Auf Grund dieser Resolution wurde auf Antrag des Herrn Kolatschek ein Comité zur Organisation der österreichischen Volkspartei gewählt. Dr. Kopp, welchem die Einberufung dieses Comité's überlassen worden war, hatte die Sache jedoch bald vergessen, da er wenige Wochen später das Ritterkreuz des Franz-Josefs-Ordens erhielt.

Programm der amerikanischen Reformer.

1. In der demokratischen Republik ist der Volkswille das höchste Gesetz; es ist darum nothwendig, daß dieser Volkswille inmitten der trügerischen korrupten *) Parteien und reaktionären Gesellschaften durch prinzipielle Aufklärung geläutert und zum Wahren und Rechten geleitet wird.

2. Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied der Farbe, Abstammung und des Geschlechts ist die Grundbedingung der wahren allgemeinen Freiheit; denn es giebt keine Freiheit ohne das Recht der Gleichheit vor dem Gesetz.

3. Die Souveränität der Nation ruht im ganzen Volke und nicht in den einzelnen Staaten. Die Republik kann ohne die Souveränität der einzelnen Staaten bestehen, ohne National-souveränität muß sie untergehen.

4. Beförderung allgemeiner Erziehung und Bildung durch ein nationales Unterrichts-Departement. Der öffentliche Unterricht ist die Grundlage der wahren Demokratie; ein ungebildetes, ungestittetes Volk ist unfähig zur Selbstregierung.

5. Aufhebung der Präsidentschaft und Ersatz derselben durch einen Bundesrath. Der bisherige Konflikt zwischen der Exekutive, sowie die aus der Präsidentschaft strömende Macht der Corruption und Demoralisation des Volkes beweisen unter vielen anderen Gründen die Nothwendigkeit der Abschaffung der Präsidentschaft.

Die Legislative ist nach dem wahren Begriff des demokratischen Staates die höchste Staatsgewalt und durch ihre zahlreiche Repräsentation der wahrste Ausdruck des Volkswillens. Die Ausführung ihrer Gesetze kann nur durch eine ihr untergeordnete und von ihr kontrollirte Exekutive sicher bewirkt werden.

6. Aufhebung der Kongreßdistriktswahlen und Einführung von Nationalwahlen der Volksdeputirten nach Maßgabe der Staatsbevölkerung.

Durch dieses Nationalwahlssystem, wie es z. B. im norddeutschen Bunde und zum Theil in England eingeführt ist, tritt die würdigste Capacität und Intelligenz an die Spitze der Nationalvertretung **). Die Vertretung der Scholle des Distrikts hört auf.

*) korrupt, verderbt.

**) Der Hinweis auf den Norddeutschen Bund ist allerdings nicht glücklich.

Das Recht der Abberufung der Volksvertreter durch die Majorität der Constituenten ist ein unbedingter Ausfluß der demokratischen Gewalt des Volkes.

7. Einführung einer ehrlichen und sparsamen Staatsverwaltung, sowie national-ökonomisch richtiger Grundsätze bezüglich des Steuersystems und der Staatsschulden. Die Aufnahme der Baarzahlung, eine regulirte Einlösung der Vereinigten Staaten-Noten gegen bares Geld und zinsbare Staatsschuldscheine, eine Progressivsteuer, ein Revenuen-Tarif, ein Beamtengehalt, sind unter Andern als Mittel einer geordneten Staats- und Finanzverwaltung zu betrachten.

8. Gewissens- und Glaubensfreiheit ist durch die Bundeskonstitution garantirt; die prohibitorischen Sonntagsgesetze *) und die öffentlichen Gebete in den Gesezhallen sind eine Verletzung dieser garantirten Freiheit.

Die organisirten Temperenzgesellschaften **) haben das Gebiet der moralischen Agitation verlassen und die politische Arena betreten. Das Gebiet der Moral und das Gebiet des Gesetzes dürfen nicht vermisch werden; für das Erstere dienen Schulen und andere Bildungsanstalten als geeignete Mittel zur Hebung der Moral; in das Gebiet des Gesetzes gehören Handlungen, welche, so weit sie nicht die Sphäre eines Anderen verletzen, frei und unbeschränkt sein müssen.

Die Präventionstheorie ***)) der Temperenzler und ihre Zwangsgesetze betrachten jeden Menschen als Verbrecher und zerstören die individuelle Freiheit, welche durch das Gesetz garantirt und beschützt werden soll.

9. In dem Konflikte zwischen Kapital und Arbeit muß der bisher unberücksichtigt gebliebene Grundsatz zur praktischen Geltung gebracht werden, daß nämlich die Arbeit einer der Hauptfaktoren †) der Produktion und der allgemeinen Wohlfahrt ist, und daß sie daher von der Produktion und ihrem Gewinne zu einer entsprechenden Quote berechtigt ist.

10. Ein allgemeines Wehrgesetz nach dem Muster der Schweiz ist in einem demokratischen Staate, wo gleiche Rechte gleiche Pflichten bedingen, nothwendig, um die Wehrpflicht zu einer allgemeinen Pflicht des wehrfähigen Bürgers zu machen.

Aus England.

London, den 15. Februar.

Heute vor acht Tagen feierte der Londoner Deutsche Arbeiter-Bildungs-Verein sein neun und zwanzigstes Stiftungsfest. Von den vielen Vereinen, welche von den deutschen Flüchtlingen der dreißiger und vierziger Jahre im Auslande gegründet wurden, ist der Londoner Bildungs-Verein der einzige, der die Stürme von 1848 und 49 überlebt hat und noch heute auf der Höhe der Zeit steht, nicht weil sich seine Mitgliedschaft beständig verjüngt, sondern weil die Restoren des Vereins den Grundsätzen ihres Jugendalters treu geblieben und ihre Begriffe noch heute so zeitgemäß sind wie vor zwanzig Jahren. Der Verein ward am 7. Febr. 1840 von meh-

*) prohibitorisch, verbietend; in vielen Staaten Amerikas ist am Sonntag nicht bloß das Arbeiten, Kaufen und Verkaufen, sondern auch das Vergnügen und der Kunstgenuß verboten.

**) Temperenz, Mäßigkeit. Temperenzgesellschaften, Mäßigkeitsvereine, die in Amerika nicht bloß den eigenen Mitgliedern den Genuß geistiger Getränke untersagen, sondern ihn durch Staatsgesetz allen Bürgern verbieten lassen wollen, auch in einigen Staaten zeitweilig dies durchgesetzt haben.

***)) Prävention, Verhütung; Präventionstheorie der Temperenzler, der Grundsatz der Mäßigkeitsfanatiker durch Verbot des Ausschanks geistiger Getränke die Unmäßigkeit zwangsweise zu verhüten.

†) Die Arbeit ist der einzige Faktor der Produktion.

rerer Mitgliedern des damaligen geheimen Bundes der Gerechtigkeit, die aus Frankreich ausgewiesen worden waren, gestiftet und stand bis zum Ausbruch der Februar-Revolution unter der Leitung jenes geheimen Propaganda-Bundes, welcher es sich zur besonderen Aufgabe machte, sozialistische und kommunistische Flugchriften nach Deutschland zu schmuggeln, und die jungen deutschen Arbeiter, die ins Ausland kamen, mit der Arbeiterbewegung, wie sie in Frankreich und England bestand, vertraut zu machen und sie über ihre Klasseninteressen als Arbeiter aufzuklären. Das Flugchriften-Schmuggeln hatte seine Schwierigkeiten, und daß es mit Gefahr verbunden war wird man daraus ersehen, daß es beim Kölner Kommunisten-Prozess 1852 den Angeklagten noch als Verbrechen angerechnet wurde im Besitze des kommunistischen Manifestes gewesen zu sein. Der kosmopolitische Klassencharakter der von London ausgehenden Propaganda läßt sich daran erkennen, daß die Statuten des Vereins in deutscher, englischer, französischer und schwedischer Sprache gedruckt, und alle Nationen Europas unter den Vereinsmitgliedern vertreten waren. Unter den heutigen Mitgliedern sind nur noch drei deren Mitgliedschaft bis in die vierziger Jahre zurückdatirt, nämlich Karl Marx, Georg Eccarius, und Heinrich Leßner. Dadurch, daß diese zugleich Mitglieder des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Association sind, steht der neun und zwanzig Jahre alte Bildungsverein noch immer mit an der Spitze der europäischen Arbeiter-Bewegung. Beim heurigen Stiftungsfeste wurde eine Sammlung für die herausgeworfenen Arbeiter in Basel gemacht, die 2 Pf. St. 6 Sh. (15 Thlr. 10 Gr.) einbrachte.

In Lancashire scheint der Glaube an die glücklich machende Wirkung des Freihandels zu wanken. Die Prediger des Freihandels-Evangeliums fanden sich vor einigen Tagen, bei Gelegenheit der Jahresversammlung der Manchester-Handelskammer, veranlaßt ihre Politik gegen die im Volke herrschende Meinung, daß der Freihandel für das Baumwollengeschäft nachtheilig sei, zu verteidigen. Mr. Bazley führte als Beweis der Nützlichkeit an, daß sich der Werth der Ausfuhr von Baumwollenwaaren von 25,000,000 Pf. St. im Jahre 1846 auf 74,000,000 Pf. St. im Jahre 1867 gesteigert habe. Der Freihandel, sagte er, habe einer sich mehrenden Zahl von Personen Beschäftigung gewährt, und in demselben Verhältniß wie die Gesamttausfuhr von 60,000,000 Pf. St. auf 225,000,000 Pf. St. gestiegen, sei die Anwendung von Arbeit und Kapital gestiegen. Dagegen aber haben sich die Staatsausgaben von 49,000,000 Pf. St. im Jahre 1846 auf 70,000,000 Pf. St. im Jahre 1868 gesteigert, also 21,000,000 Pf. St. würden ins Staatsieß geschüttet. Eine Million, sagte er weiter, würde hinreichen um 10,000 Familienhäuptern, jedem ein jährliches Einkommen von 100 Pf. St. zu sichern, und da 100 Pf. St. hinreichen die Kosten des Lebensunterhalts einer Familie von fünf Personen zu bestreiten, so würden diese 21 Millionen hinreichen, 1,050,000 Menschen zu ernähren.

Hätte der Freihandels-Apostel die Ursache der Arbeiter-Armuth etwas näher untersucht, so würde er entdeckt haben, daß die 63 Millionen Pf. St., um welche sich der, aus der unbezahlten Arbeit heraus geschlagene jährliche Profit einer Handvoll industrieller Kapitalisten seit 1848 vermehrt hat, dreimal so viel Menschen ernähren könnte; er würde weiter

entdeckt haben, daß sich die Vortheile der erweiterten Industrie höchst mißverhältnißmäßig vertheilt haben, daß z. B. im Jahre 1846 Großbritannien nur sechszehn Kapitalisten aufweisen konnte, die über 50,000 Pf. St. das Jahr, und ein jährliches Durchschnittseinkommen von 74,000 Pf. St. hatten; daß dagegen im Jahre 1866 hundert drei und dreißig Kapitalisten ein jährliches Durchschnittseinkommen von mehr als 100,000 Pf. St. hatten, während sich die Gesamt-Bevölkerung um 18 Prozent, die Zahl der beschäftigten Arbeiter in den Baumwollensfabriken aber kaum um 12 Prozent vermehrt hat. Das Einzige, was in Bezug auf Arbeiter verhältnißmäßig vermehrt worden, ist seine körperliche Anstrengung, seine individuelle Leistung. Am 31. März 1851 gab es in England 391,777 Baumwollensfabrikarbeiter, 1861 belief sich ihre Zahl auf 456,646 — eine Vermehrung von 12 Prozent. 1850 kamen durchschnittlich 1,509 Pf. Rohbaumwolle auf den Arbeiter, 1860 aber 2,541 Pf. Wir sehen daher, daß die erweiterte Industrie nur die Placerei des einzelnen Arbeiters vermehrt hat, ohne einer verhältnißmäßig größern Anzahl Beschäftigung zu gewähren oder den Lohn des einzelnen Arbeiters verhältnißmäßig zu erhöhen. Nach dem Raabstabe von 1850 wären 1860 über 760,000 Arbeiter erforderlich gewesen, das Rohmaterial welches verbraucht wurde, zu verarbeiten — 456,000 waren hinreichend. 1867 belief sich der vermehrte Verbrauch von Baumwolle, verglichen mit 1850, auf 350,803,352 Pf. — eine Vermehrung von 61½ Prozent; die zur Verarbeitung des vermehrten Rohmaterials erforderliche Arbeiterzahl fiel, abgesehen von den verbesserten Produktionsmitteln, welche seit 1860 eingeführt worden sind, um 13,000 — eine Verminderung von 3½ Prozent. Dieses ist die Quelle des Elends. In einem Zeitraum von zwanzig Jahren hat sich die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit mehr als verdoppelt. Die Bevölkerung hat sich während dieses Zeitraums um 18 Prozent vermehrt, die Zahl der größten Kapitalisten hat sich verachtacht, ihr Gesamteinkommen hat sich verzehnfacht, und die Nachfrage nach Arbeitern ist selbst in den Prosperitätsjahren hinter der langsamen Vermehrung der Bevölkerung zurück geblieben. Die Errungenschaften der modernen Wissenschaft haben nur dazu gedient eine Handvoll reicher Leute mit den Früchten fremder Arbeit zu überschütten und die Lage der produzierenden Arbeiter relativ und absolut zu verschlimmern.

Briefkasten.

A. Z. in G. Das angekündigte Blatt ist uns nicht zugegangen. Haben Sie die Güte, ein anderes Exemplar zu schicken. Ihrem Wunsch wird pflichtgemäß entsprochen werden.

Anzeige.

Deutscher Arbeiter-Bildungs-Verein in London

Charles-Hotel, 71 Dean Street, Soho Square. W. London.

Verantwortlicher Redacteur: B. Liebknecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: G. W. Volkroth.
Expedition: Petersstraße 18.